

## Seniorenvertretung der Stadt Köln

**Dr. Martin Theisohn**

Sprecher

Grevenstraße 91

51107 Köln (Ostheim)

Tel. 0221 / 89 12 47

Fax 0221 / 8902696

[martintheisohn@arcor.de](mailto:martintheisohn@arcor.de)



**Amt für Soziales und Senioren**

Zimmer 1.G.12

Ottmar-Pohl-Platz 1

**51103 Köln-Kalk**

Tel.: 0221 221 27515

[seniorenvertretung@stadt-koeln.de](mailto:seniorenvertretung@stadt-koeln.de)

AK Wahlprüfsteine

Bericht von der Sitzung am 18.6.20

Köln, den 20.6.20

Anwesend:

F.Vorpahl, I. Kloss, H.Clasen, B.Pfingsthorn, M.Theisohn

Entschuldigt: H.Nigmann, H.Krüer-Israel

Zunächst herzlichen Dank an H.Clasen, der die Antworten auf unsere Fragen tabellarisch zusammen gestellt hat. Dies hat die Besprechung nun wesentlich erleichtert.

In der Besprechung wurde nun herausgehoben, welche Position von allen Fraktionen eingenommen wurde und was einige Fraktionen im Unterschied zu den anderen aussagen. Dabei war es schwierig, da die Fraktion Die Linke und die Fraktion der CDU in der Regel nicht auf die Fragen antwortete sondern jeweils allgemeine, übergreifende Statements in den verschiedenen Komplexen abgaben.

### **Thema Seniorenvertretung**

Alle Fraktionen schätzen die Arbeit der Seniorenvertretung und wollen diese unterstützen. Es müssen auch ausreichende Finanzmittel zu deren Unterstützung zur Verfügung gestellt werden.

### **Mitwirkungsmöglichkeiten in Stadt und Bezirk verbessern**

Im Bereich der Ratsausschüsse wird die Tätigkeit der SE der SVK geschätzt und unterstützt. Rede- und Antragsrecht sind akzeptiert. Keine Fraktion möchte das Antragsrecht auf die Bezirksvertretungen ausweiten.

Die SPD möchte der Seniorenpolitik insgesamt ein stärkeres Gewicht geben. Die Grünen möchten die Rechte der Sachverständigen für Seniorenpolitik in den Bezirksvertretungen verbessern und ein eigenes Rederecht zugestehen. Die FDP kann sich vorstellen, über die bisherigen Ausschussbesetzungen weitere Gremien zu öffnen. Ansonsten sind alle Fraktionen der Meinung, dass es ausreichend Mitwirkungsmöglichkeiten gibt.

### **Finanzielle Ausstattung verbessern**

Alle Fraktionen sind der Meinung, dass die finanzielle Ausstattung sich nach dem sich ergebenden Bedarf richten muss. Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung muss es aber auch personelle und materielle Unterstützung geben.

Grüne und FDP betonen, dass die finanziellen Kürzungen der Seniorenarbeit seit 2018 aufgehoben wurden und zusätzliche Mittel bereitgestellt wurden. Die SPD und die GRÜNEN betonen, dass die für die Arbeit der SVK (Öffentlichkeitsarbeit, Broschüren, Veranstaltungen) notwendigen Mittel ausreichend zur Verfügung und ggf gesteigert werden müssen.

### **Die Arbeit effektiver zu gestalten**

Hier betonen alle Fraktionen, dass sie anbieten, den sachlichen Austausch mit der SVK zu verstärken, der auch mehrmals im Jahr stattfinden könnte. Regelmäßige Kommunikation könnte die Wirksamkeit der SVK und ihrer Beschlüsse erhöhen.

Die Grünen laden die SE in ihre Ratsarbeitskreise ein.

Die FDP verweist darauf, dass die unterschiedlichen Aufgaben von SVK und Seniorenberatern häufig nicht bekannt sind

Die SPD fordert, dass auch die SVK mit digitalen Endgeräten ausgestattet wird, was in der Corona-Zeit besonders wichtig wäre. Zusätzlich hat die SVK das Recht, ihre eigene Organisation selbst zu bestimmen und so ggf effektiver arbeiten zu können.

## **Veedel /Quartier**

### **Angebote im Veedel sicherstellen**

Alle Fraktionen setzen sich ein für die Erhaltung der Quartiere und der Geschäfte des täglichen Bedarfs in den Quartieren. Quartiere sollen barrierefrei sein. Eine gute Anbindung an den ÖPNV haben.

Die SPD verweist auf das Einzelhandel- und Zentrenkonzept, auf Wochenmärkte und medizinische und pflegerische Grundversorgung, die gefährdet sind. In armen Veedeln ist die ärztliche Versorgung schlecht und verweist auf die Schließung von Notdienstpraxen durch die KV. Die Grünen wünschen sich generationen-übergreifendes Wohnen, verweisen auf die Landesinitiative Altengerechte Quartiersentwicklung, die Sozialraumkoordination und das Programm „Starke Veedel-starkes Köln“. Wichtig sind auch Treffmöglichkeiten und Sportangebote mit entsprechenden Räumen.

Die FDP beklagt die Benachteiligung der Geschäfte gegenüber dem Internethandel. Es sollen deshalb kostenfreie Kurzparkzonen eingerichtet und vermehrt verkaufsoffene Sonntage geschaffen werden.

Die CDU will Einsamkeit als Gefährdung für die Älteren bekämpfen und verweist dabei auf SeniorenNetzwerke, Begegnungsstätten für jung und alt, Mehrgenerationenhäuser und Begleitdienste.

Die Linke verweist darauf, dass die Mieten niedrig gehalten werden müssen, damit Geschäfte überleben und die Bewohner im Viertel bleiben können. Die Stadt sollte deshalb vermehrt Grundstücke kaufen und darauf preiswerten Wohnraum schaffen

### **Welche Aufgaben sollen die Organisationen vor Ort übernehmen**

Die SPD verweist hierzu auf die vielfältigen Angebote in Bürgerämtern, Bürgerzentren und die Anlaufstellen der Wohlfahrtsverbände, der Kirchen und die Sportvereine. Die Zahl der Sozialräume sollte vergrößert und das Programm „Starke Veedel-Starke Köln“ fortgesetzt und ausgeweitet werden. Diese Vielfältige Struktur sollte in einem Veedelsbüro (Veedelskümmerer) zusammengefasst und effektiver gemacht werden.

Die Grünen möchten die nachbarschaftliche Vernetzung durch Treffpunkte zum geselligen Austausch verbessern, mehr Gemeinschaftsräume bereitstellen. Sie setzen dabei mehr auf Ehrenamtlichkeit.

Die FDP möchte Vernetzung vor Ort z.B. in den SeniorenNetzwerken. Seniorenberatung und Seniorenkoordination sollen vor Ort in den Veedeln tätig werden.

Die Linke will die Sozialraumkoordination auf weitere Veedel ausdehnen.

### **Hauptamtlicher Stadtteilkümmerer (Modell der SVK 2014)**

Die Schaffung wird von SPD und FDP unterstützt. Die Grünen denken eher an einen ehrenamtlichen Kümmerer– unterstützt durch Freiwilligen-Agenturen.

### **Angebote für Senior\*innen**

#### **SNW stärken – Personal, Räumlichkeit, Finanzen**

Alle Fraktionen wollen die SNW weiterhin unterstützen. Sie soll es in allen Stadtteilen geben. Die Mittel dafür wurden 2019 aufgestockt, was von allen begrüßt wird. Dabei soll es trotz der finanziellen Belastung durch Corona bleiben.

Die SPD möchte durch Zusammenarbeit mit den Stadtbezirken die materielle und finanzielle Ausstattung verbessern und auch mehr Personal zur Verfügung stellen.

Die Grünen möchten zunächst die Programme extern wissenschaftlich Evaluieren lassen, um dann ggf. Mittel zur Verfügung zu stellen.

### **Zurückgezogen lebende Senior\*innen erreichen**

Alle Fraktionen sehen, dass dies ein großes Problem ist und es dafür kein Patentrezept gibt. Viele ambulante Maßnahmen sind erforderlich.

Die SPD setzt hier auf ein ganzen Bündel von Maßnahmen: Sport für Senioren, Mehrgenerationen-Plätze, Sportgeräte in Grünanlagen, Zuschüsse für Vereine, die Köln-Pass-Empfänger kostenlos aufnehmen, weitere soziale Angebote in den Quartieren und die Präventiven Hausbesuche.

Die Grünen verweisen auf das Modellprojekt „ÖFFNA“ und die dabei entwickelte Infokarte für die Stadtbezirke sowie die Präventiven Hausbesuche, die jährlich angeboten werden sollten.

Die FDP verweist auf Förderung der Begegnung zwischen Jung und Alt, Mehrgenerationen-Plätze, Kombination von KiTa und Pflegeheim sowie Mehrgenerationen-Wohnprojekte.

### **Pflege-Fragen**

#### **In der Wohnung bleiben trotz Pflegebedürftigkeit**

Alle Fraktionen stellen einen wesentlichen Mangel in der ambulanten und der stationären Pflege fest. Hier muss dringlich etwas geschehen sowohl bei den Haushaltsnahen Dienstleistungen als auch anderen Unterstützungsdiensten (Demenz-Service etc.). Es soll „ambulant vor stationär“ weiterhin gelten. Es werden von allen Barrierefreie Wohnungen und deren Bau gefordert.

Grüne und CDU fordern die Pflegeplanung bei der Stadt ein. Pflegebedarfe müssen bei der Neubauplanung berücksichtigt werden.

Grüne fordern weitere Pflegewohngemeinschaften. Die CDU fordert einen „Runden Tisch Pflege“ und die Integration von ausländischen Pflegefachkräften.

#### **Stärkung der präventiven Hausbesuche**

SPD, Grüne und FDP befürworten die Fortsetzung oder sogar die Stärkung dieses Programmes. Aufsuchende Maßnahmen sind allein geeignet zurückgezogen lebende Senior\*innen zu erreichen. Besonders wichtig ist das Angebot von Haushaltsnahen Dienstleistungen.

#### **Sicherstellung des Beratungsbedarfes**

Allen Fraktionen ist klar, dass die Beratung verbessert werden muss. Dazu dienen eine bessere Vernetzung (SPD), eine Evaluierung der Maßnahmen (Grüne) und eine bessere personelle Ausstattung von Wohnmobil (FDP)

#### **Fachkräftemangel beheben**

Hier sind sich alle Fraktionen einig, dass dies eine Aufgabe von Bund und Land ist.

SPD, Grüne und Linke fordern eine bessere Bezahlung sowie eine Aufstockung der Ausbildungsstellen.

SPD und FDP fordern Betriebswohnungen, Job-Ticket und Anwohner-Parkausweis.

Die FDP verweist noch auf Pflegeroboter, die einige Aufgaben abnehmen könnten.

#### **Wohnen im Alter**

##### **Maßnahmen gegen den Zwang zum Verlassen der Wohnung, Gentrifizierung Gestaltungssatzungen**

Die Fraktionen sind gemeinsam der Meinung, dass hier Handlungsbedarf besteht. Die Maßnahmen werden aber sehr unterschiedlich gesehen. Zunächst sollten die Wohnungen Altengerecht sein und möglichst barrierefrei.

SPD: Wohnungstausch-Börsen mit Verhinderung von Mietsteigerung trotz geringerer Wohnungsgröße, Soziale Erhaltungssatzungen und Wohnraumschutzsatzungen (gegen Umwand-

lung in Ferienwohnungen). Keine Luxussanierung mit stark erhöhten Mieten, Verlängerung der Belegungsfristen

Grüne: sehen die Möglichkeiten so wie die SPD. Zusätzlich weisen sie auf die verstärkte Förderung von Wohnmobil hin sowie auf das Kooperative Baulandmodell

FDP: Mietsteigerungen sollen durch höheres Wohngeld kompensiert werden. Ansonsten kann Gentrifizierung auch positive Auswirkungen haben. Keine Milieuschutz-Satzung!

Linke: fordern mehr Wohnungen in öffentlicher Hand, mehr Sozialwohnungen, Anwendung der Milieuschutzsatzung und Bekämpfung der Zweckentfremdung von Wohnraum.

CDU: Berücksichtigung der Interessen der Älteren beim Neubau inklusive ausreichendem ÖPNV. Senioren-gerechter Umbau ohne drastische Mieterhöhung.

## **Mobilität**

### **Sicherheit für Fußgänger, Freihalten des Bürgersteigs**

Für alle Fraktionen ist die Aufrechterhaltung der Mobilität der Älteren wichtig. Dazu dient auch der ÖPNV, der gefördert werden soll. Allen ist bewusst, dass die Fußgänger die schwächsten Verkehrsteilnehmer sind und deshalb die Fußwege auch für Rollator- oder Rollstuhl-Nutzer frei gehalten werden müssen.

Einen Fußgänger-Beauftragten mit eigenem Verwaltungsbereich und Mitarbeitern ist für SPD, Grüne und FDP wichtig. Das Freihalten der Bürgersteige (Breite 1,5 – 2,0 m als Mindestbreite) soll durch das Ordnungsamt und die Polizei geregelt werden. Auf die gemeinsame Nutzung von Wegen durch Fußgänger und Radfahrer sollte möglichst verzichtet werden.

Auch die Nutzung durch Aufsteller und Aussengastronomie wird kritisch gesehen.

Grüne: Mehr Platz für Fußgänger durch weniger Gehwegparken, Verweis der Radfahrer auf die Fahrbahn, wo eine Fahrspur dafür frei gemacht wird; Vermehrung der Fußgänger-Zonen, mehr Zebrastreifen und längere Grünphasen für Fußgänger.

FDP: Fußgänger-Verkehrskonzept erstellen

Linke: Busspuren schaffen, Gehwege frei halten

CDU: Ruhezone mit Sitzbänken schaffen

### **Gleichberechtigte Teilnahme am Verkehr**

Alle Fraktionen sprechen sich dafür aus, dass Fußgänger, Radfahrer und Auto sowie der ÖPNV gleichberechtigt sein sollen. Dazu wird es erforderlich sein, dem Auto etwas Straßenraum wegzunehmen. Damit der ÖPNV nutzbar ist, muss er Barrierefrei sein.

Hier verweisen SPD und CDU auf die vielfältigen Störungen von Aufzügen und Rolltreppen, die endlich schneller instand gesetzt werden müssen. Zusätzlich müssen nun weitere Haltestellen barrierefrei umgebaut werden. Die Nutzung des ÖPNV soll durch ein attraktives Angebot erhöht werden (SPD, FDP, CDU)

### **Kosten des ÖPNV, Smartphonzwang?**

Nur die Linke spricht sich für einen kostenlosen ÖPNV aus. Die Forderung der SVK die Nutzung des ÖPNV als Anerkennung der Lebensleistung kostenlos zu ermöglichen wird von keiner Fraktion unterstützt.

SPD und Grüne fordern die Einführung eines 365€-Jahresticket, zumindest aber keine Preiserhöhungen mehr im VRS.

Die Grünen plädieren auch für günstigere Senientickets gegenüber den jetzigen Preisen.

Die FDP verweist darauf, dass es bereits jetzt für Senioren preiswerte Abo-Tickets sowie für KölnPass-Inhaber das Mobilpass-Ticket gibt. Geringere Einnahmen führen zu schlechterer Qualität im ÖPNV.

Alle Fraktionen begrüßen, dass das Smartphone im ÖPNV eingesetzt werden kann. Analoge Tickets müssen aber auch in Zukunft gekauft werden können.